

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen (16. Ausschuß)

**zu dem Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und FDP
— Drucksache 8/2867 —**

zum Bericht zur Lage der Nation

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen:

Dem Antrag der Fraktionen der SPD und FDP — Drucksache 8/2867 — wird zugestimmt.

Bonn, den 12. Dezember 1979

Der Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen

Mattick

Baron von Wrangel

Vorsitzender

Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Baron von Wrangel

In seiner 154. Sitzung, am 17. Mai 1979, hat der Deutsche Bundestag den Entschließungsantrag dem Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen federführend und dem Auswärtigen Ausschuß mitberatend überwiesen.

In den Ausschußberatungen hat die CDU/CSU deutlich gemacht, daß sie der in dem Antrag zum Ausdruck kommenden Zustimmung zur Politik der Bundesregierung nicht beipflichten kann. Die Fraktion der CDU/CSU erklärte demgegenüber, daß sie einer Grundsatzentschließung, wie sie der Bundestag im Abstand von einigen Jahren — zuletzt im Mai 1972 — verabschiedet hat, den Vorzug geben würde.

Aus der FDP kam der Vorschlag, den Versuch einer gemeinsamen Entschließung aller drei Fraktionen zur Deutschland-Politik zu machen. Dieser Vorschlag fand die allseitige Zustimmung im Ausschuß.

Die Vorsitzenden, stellvertretenden Vorsitzenden und die Obleute des Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen und des Auswärtigen Ausschusses trafen am 3. Juli 1979 zusammen und beauftragten die Abgeordneten Mattick und Baron von Wrangel,

die Texte der Entschließungsanträge der SPD und FDP (Drucksache 8/2867) einerseits und der CDU/CSU (Drucksache 8/2860) andererseits daraufhin zu prüfen, ob sie sich als Grundlage für eine gemeinsame Entschließung eignen. Am 8. Oktober 1979 gelangten die beiden Beauftragten nach einem eingehenden und detaillierten Meinungsaustausch zu der Überzeugung, daß die Voraussetzungen für eine gemeinsame Entschließung nicht gegeben sind.

Dies bedeutete, daß sich zunächst der mitberatende Auswärtige Ausschuß erneut mit dem Entschließungsantrag befassen mußte. Er empfahl mit Mehrheit, dem Antrag zuzustimmen.

Die abschließenden Beratungen des Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen machten deutlich, daß sich die Standpunkte und Beurteilungen der Fraktionen, wie sie bereits im Plenum des Deutschen Bundestages dargelegt worden waren, nicht verändert hatten. Die Mehrheit der Ausschußmitglieder vertrat den Standpunkt, daß die Politik der Bundesregierung die im Antrag zum Ausdruck kommende Zustimmung verdiene.

Bonn, den 12. Dezember 1979

Baron von Wrangel

Berichterstatler